

## Sozialversicherung in der **Krise**

”

Die verantwortlichen Minister Riester und Schmidt haben durch eine Kette von Fehlentscheidungen das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig beschädigt.



Von  
Horst Seehofer,  
stellvertretender  
Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundes-  
tagsfraktion

- Situation auf dem Arbeitsmarkt verheerend: Seite 4
- Krankenversicherung aus den Fugen: Seite 5
- Pflegeversicherung geht auf dem Zahnfleisch: Seite 6
- In der Rentenpolitik wird getrickt und manipuliert: Seite 7

Die **finanziellen Probleme** aller Sozialversicherungszweige in Deutschland haben durch die rot-grüne Politik bedrohliche Ausmaße erreicht. Hinzu kommen eklatante **qualitative und strukturelle Mängel** vor allem bei der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Arbeitslosenversicherung. In allen Bereichen der Sozialversicherung hat sich die Situation seit dem Beginn der Regierung Schröder **signifikant verschlechtert**. Die deutsche Sozialversicherung hat sich vom Aushängeschild eines fortschrittlichen Sozialstaates zum **Problemfall** entwickelt.

Wir werden Anfang 2002 in der Sozialversicherung eine **Gesamt-Beitragsbelastung** von über 41 % haben. Berücksichtigt man noch die Bundeszuschüsse zur Alters- und Arbeitslosenversicherung in Höhe von rd. 140 Mrd. DM, liegt die effektive Belastung bei **fast 50 %**. Ein weiterer Beitrags- und Ausgabenschub droht schon in den nächsten beiden Jahren.

Dies ist auch deswegen besorgniserregend, weil die zentralen **Herausforderungen** für unser Sozialsystem uns noch bevorstehen: die Entwicklung der Alterstruktur der Bevölkerung Deutschlands und der segenreiche, aber kostenintensive Fortschritt

in der Medizin und der Pflege. Bei unveränderten Rahmenbedingungen wird sich schon mittelfristig die effektive Belastung auf 55 % zu bewegen.

Für diese Entwicklung sind drei **Ursachen** maßgeblich:

- Zukunftsweisende **Reformen** der Regierung Kohl wurden von SPD und Grünen **zurückgenommen**. Die Folge war eine massive finanzielle Belastung der Sozialversicherung.
- Die **Wirtschafts- und Finanzpolitik** der Regierung Schröder hat Beschäftigung nicht gefördert, sondern vernichtet. Das hat ebenfalls negative Auswirkungen auf die finanzielle Lage der Sozialversicherung.
- Notwendige **Strukturreformen** der Sozialversicherungen sind entweder ganz **unterblieben**, schlampig gemacht oder völlig vermurkst worden. Unrealistische Prognosen und bürokratische Regelungswut sind zum Kennzeichen rot-grüner Sozialpolitik geworden.

Die strukturellen Probleme der Sozialversicherung sind nicht die Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001. Sie sind das Ergebnis der verfehlten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der letzten drei Jah-

re. Die Bundesregierung steht vor einem **sozialpolitischen Scherbenhaufen**. Die verantwortlichen Minister Riester und Schmidt haben durch eine Kette von Fehlentscheidungen das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig beschädigt.

- Die **Arbeitslosigkeit** ist unvermindert hoch. Die Bundesregierung wird ihre beschäftigungspolitischen Ziele nicht erreichen.
- Die Krankenversicherung steht vor dem **finanziellen Ruin**. Trotz steigender Beitragsbelastung nimmt die Qualität der medizinischen Versorgung ab.
- Die finanziellen Reserven der Pflegeversicherung werden aufgezehrt. Die **Versorgung** der Pflegebedürftigen **wird immer schlechter**.
- Die Rentenreform der Bundesregierung ist völlig vermurkst. So sind drastisch **steigende Beiträge** und ein **sinkendes Rentenniveau** nicht zu verhindern.

Daher ist ein völliger **Neuanfang** mit einer grundlegenden Kehrtwende in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik notwendig. Dabei müssen die Fehlentscheidungen der letzten drei Jahre korrigiert werden. Sonst wird es immer schwerer, die Fehlentwicklungen zu beherrschen. Dann steuern die Sozialversicherungen endgültig in den **Kollaps**.

Wir brauchen eine Reform der **Arbeitsmarktpolitik** mit mehr Flexibilität und mehr Anreizen zur Aufnahme von Arbeit. Die **Steuernpolitik** muss endlich zu einer wirksamen Entlastung der Arbeitnehmer und vor allem der mittelständischen Arbeitgeber führen. In der **Kranken- und Pflegeversicherung** benötigen wir mehr Transparenz, Selbstbestimmung, Prävention und Qualität. Die **Rentenpolitik** muss eine ehr-

liche Antwort auf die Überalterung der Gesellschaft geben. Die Zeit drängt: ein weiteres Vertuschen der Probleme und Verzögern der notwendigen Entscheidungen ist nicht mehr zu verantworten.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in allen Bereichen **Lösungskonzepte** vorgelegt und in den Deutschen Bundestag eingebracht.

### Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist verheerend

Obwohl der Arbeitsmarkt allein aus demographischen Gründen jedes Jahr um mehr als 200.000 Personen entlastet wird, ist die **Zahl der Arbeitslosen** in diesem Jahr saisonbereinigt bereits um mehr als 100.000 **gestiegen**. Die Zahl der Erwerbstätigen ist dagegen saisonbereinigt um rd. 60.000 gesunken. Im Durchschnitt des Jahres 2002 wird die Zahl der Arbeitslosen knapp 3,9 Mio. betragen. Damit hat Rotgrün seine **beschäftigungspolitischen Ziele weit verfehlt**.

Angesichts der alarmierenden Situation auf dem Arbeitsmarkt laufen die Finanzen der Arbeitslosenversicherung aus dem Ruder. Für 2001 und 2002 sind deutlich **höhere Bundeszuschüsse** zur Bundesanstalt für Arbeit zu veranschlagen. Statt 1,2 Mrd. werden vermutlich 3,6 Mrd. DM benötigt. Im Jahr 2002 wird ein Haushaltsdefizit von 2 bis 4 Mrd. DM erwartet. Damit hat die Bundesregierung durch eigene Fehler die Möglichkeit verbaut, die notwendige Beitragssatzsenkung in der Arbeitslosenversicherung in Angriff zu nehmen.

Die Rücknahme der Reformen durch die neue Bundesregierung waren der Auftakt für

diese verfehlte Politik. Die bürokratischen Regelungen zu den 630-DM-Jobs, zur Scheinselbständigkeit und zu befristeten Arbeitsverhältnissen haben zur **Verkrustung des Arbeitsmarktes** beigetragen und das Entstehen neuer Jobs verhindert. Die Reform der Betriebsverfassung wird ebenfalls die Beschäftigungsentwicklung beeinträchtigen.

Die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland ist wenig effektiv. Daran wird auch das sogenannte Job-Aktiv-Gesetz nichts ändern. Dieses Gesetz ist reiner **Etikettenschwindel**. Eine nennenswerte Auswirkung auf den Arbeitsmarkt erwartet niemand. Viele Maßnahmen treiben eher die Kosten für die Bundesanstalt für Arbeit und damit den Beitragssatz in die Höhe und führen zu mehr Bürokratie.

Wichtige **Probleme** werden **nicht angegangen**. Statt mit Kombilöhnen, Einstiegsgehältern und ähnlichen Lösungen die Chancen für **geringqualifizierte Arbeitslose** deutlich zu verbessern, werden die Probleme mit diversen Modellversuchen und mit fadenscheinigen Begründungen auf die lange Bank geschoben. Auch bei der dringend erforderlichen Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bleibt es bei **Absichtsbekundungen**. Daran wird deutlich, dass der Bundesregierung für die dringend erforderlichen Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt die Einsicht und die Kraft fehlen.

Die Bundesregierung versucht mit **statistischen Tricks** die Situation auf dem Arbeitsmarkt schön zu rechnen: Die Reform der 630-DM-Jobs hat zu einer - rein statistischen - Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen geführt. Die jüngsten Überlegungen der Koalition, die Arbeitslosenstatistik zu schön-

nen, machen erneut deutlich, dass diese Bundesregierung mehr Energie auf die **Schönrechnerei** der Statistik als auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwendet.

## Die Krankenversicherung ist aus den Fugen geraten

Die gesundheitspolitische Bilanz nach drei rot-grünen Regierungsjahren ist katastrophal. Die **finanzielle Lage** der Kranken- und Pflegeversicherung ist desolat, die Versorgung der Patienten und Pflegebedürftigen verliert an **Qualität**, Ärzte und Pflegepersonal in Heimen und Krankenhäusern sind vielfach überlastet, und die **Krankenversicherungsbeiträge** steigen. Noch nie wurden in der Gesundheitspolitik so viele **negative Ergebnisse** gleichzeitig erreicht. Die Krankenversicherung ist aus den Fugen geraten.

Für das Jahr 2001 ist ein **Defizit von über 5 Mrd. DM** zu erwarten. Die durchschnittlichen **Beitragssätze** werden von 13,5 % auf 14 % **steigen**. Und für die nächsten Jahre ist keine Besserung der Lage in Sicht. Diese Situation ist von der Regierungskoalition aus SPD und Grünen zu verantworten. Durch verschiedene Gesetze hat sie die gesetzliche Krankenversicherung seit dem Jahr 2000 mit jährlich 5 Mrd. DM belastet. Auch die anstehenden Maßnahmen, wie die Reform des Risikostrukturausgleichs, die Aufhebung der Arznei- und Heilmittelbudgets ohne gleichzeitige Einführung von Instrumenten zur wirksamen Ausgabensteuerung sowie die geplante Einführung des neuen Fallpauschalensystems in den Krankenhäusern bewirken einen zusätzlichen Kostenschub.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute fordern eine grundlegende Reform im

Gesundheitsbereich. Und nach allen Umfragen sind zwei Drittel der **Bevölkerung** mit der gegenwärtigen Gesundheitspolitik **unzufrieden**. Die Auffassung der Wissenschaft und die Haltung der Bevölkerung sind ein **vernichtendes Urteil für die Gesundheitspolitik** dieser Bundesregierung.

Die Bundesregierung hat es versäumt, ein überzeugendes und nachhaltiges **Gesamtkonzept** für eine Reform der gesetzlichen Krankenversicherung zu erarbeiten. Sie beschränkt sich stattdessen auf Aktionismus und produziert nur **Stückwerk**. Das Vertrauen der Versicherten und der im Gesundheitswesen Beschäftigten in diese Politik ist dahin. Damit wird die Akzeptanz der Menschen für unser Gesundheitssystem auf eine ernsthafte Probe gestellt.

Die Qualität der medizinischen Versorgung in Deutschland hat sich in den letzten drei Jahren erkennbar verschlechtert. Das deutsche Gesundheitswesen ist auf dem besten Weg in eine **Zweiklassenmedizin**, unter der vor allem sozial schwache Versicherte zu leiden haben.

Wegen eigener Konzeptionslosigkeit, fehlender Konsensbereitschaft in den eigenen Reihen und aus erkennbar wahltaktischen Gründen ist die Bundesregierung weder in der Lage noch dazu bereit, eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens auf den Weg zu bringen. Damit verschärft sie die aktuelle Situation und trägt dazu bei, dass sich die Belastungen kurz- und mittelfristig kumulativ auswirken werden. Auch im nächsten Jahr ist ein **Beitrags Schub** in der Krankenversicherung vorprogrammiert.

In ihrer Not plant die Bundesregierung durch **Rechenricks und Manipulationen**

die Beitragsentwicklung künstlich zu schönen. Der Risikostrukturausgleich soll offenbar zu Gunsten der Krankenkassen verändert werden, die derzeit eine Beitragsanhebung planen. Außerdem wurde die Prognose der Experten zur finanziellen Belastung der gesetzlichen Krankenversicherung für das kommende Jahr auf Betreiben des Bundesministeriums für Gesundheit ohne überzeugenden Grund nach unten revidiert, um den finanziellen Bedarf der Krankenkassen geringer aussehen zu lassen. Das ist ein **Täuschungsmanöver**, das einzig und allein den Zweck hat, die Situation der gesetzlichen Krankenversicherung im Wahljahr schön zu färben. Damit lassen sich vielleicht die Beiträge im Wahljahr etwas geringer halten. Am Ende des Jahres 2002 wird aber das Defizit in der Krankenversicherung umso höher ausfallen. Dann ist aber die Bundestagswahl schon vorüber und die getäuschten Wähler müssen **ab 2003 Beiträge in Rekordhöhe** zahlen.

### Die Pflegeversicherung geht auf dem Zahnfleisch

Auch in der Pflegeversicherung hat die Bundesregierung bisher überwiegend für Negativschlagzeilen gesorgt. So hat die Regierung Schröder seit 1999 durch gesetzlich bedingte **Mehrbelastungen** von etwa 1 Mrd. DM und **Einnahmeausfällen** in Höhe von 400 Mio. DM für Defizite in der Pflegeversicherung gesorgt. Bis 1998 verzeichnete die Pflegeversicherung zum Teil erhebliche Überschüsse. 1999 hat sich dies umgekehrt und seit 2000 laufen in der Pflegeversicherung jährliche **Defizite** von bis zu 900 Mio. DM auf. Derzeit finanziert sich die Pflegeversicherung aus ihren Rücklagen.

Angesichts der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen und des zunehmenden Bedarfs umfangreicherer Pflege einerseits und des langsameren Anstiegs der Beitragseinnahmen infolge anhaltender Arbeitslosigkeit und geringer Lohnzuwächse andererseits sind diese politisch bedingten Belastungen Gift für die finanzielle Situation der Pflegeversicherung. Bei dieser Entwicklung werden die **Überschüsse**, soweit sie die gesetzlichen Mindestreserven von 4 Mrd. DM übersteigen, **bis zum Jahre 2006 aufgezehrt** sein. Dann ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Der Druck auf den Beitrag wird steigen oder Umfang und Qualität der Leistungen müssen leiden.

Auf der anderen Seite wurde bisher weder eine wirkliche Verbesserung der Situation von Demenzkranken noch eine allgemein akzeptierte und wirksame Verbesserung der **Qualität der Versorgung** Pflegebedürftiger in Heimen zustande gebracht. Dies wäre aber besonders dringlich, zumal in der Pflegeversicherung die Frage der Qualität der Versorgung seit den letzten Jahren die politische Diskussion bestimmt. Zunehmend wird in den Medien über Mangelversorgung, Vernachlässigungen und Misshandlungen Pflegebedürftiger berichtet. Für dieses Problem hat die Bundesregierung lediglich ein halbherziges und bürokratisches Gesetz zur Qualitätssicherung in der Pflege beschlossen.

Damit werden der Pflegeversicherung weitere **Belastungen** aufgedrückt. Durch höhere Personalaufwendungen für umfangreiche neue Dokumentationspflichten wird es zu neuen Verwaltungskosten von etwa 1,6 Mrd. DM kommen. Da diese von den Pflegekassen nicht erstattet werden, müssen die Mittel bei der eigentlichen Pflege eingespart werden.

Die Pflegeversicherung ist ein anschauliches Beispiel für die mangelnde politische Substanz der Bundesregierung: Da und dort wird Geld zweckentfremdet und werden Defizite verursacht, geplante strukturelle Maßnahmen kosten mehr Geld und münden in zunehmende Reglementierung und Bürokratie. Von einem nachhaltigen zukunftsorientierten Konzept, das auf die eigentlichen Probleme wie z.B. die demographische Entwicklung eingeht, ist weit und breit nichts zu sehen.

### In der Rentenpolitik wird getrickt und manipuliert

Die Finanzen der Rentenversicherung laufen aus dem Ruder. Die **Stabilität** der Rentenversicherung ist **gefährdet**. Wenn der Beitragssatz nicht mit Hilfe der Ökosteuer künstlich auf einem niedrigen Niveau gehalten würde, wäre das Desaster noch offensichtlicher.

Trotz Einführung der vierten Stufe der Ökosteuer auf Benzin und Strom mit Einnahmen von rd. 5,3 Mrd. DM wird der Beitragssatz nicht gesenkt. Nicht einmal die vollmundig versprochene Mini-Entlastung von 0,1%-Punkten wird durchgeführt. Die **Beitragsbelastung** würde sogar um rd. 0,3%-Punkte steigen, wenn sich die Bundesregierung nicht eines üblen Tricks bedienen würde: Um die Beiträge zumindest stabil halten zu können, werden kurzerhand die **finanziellen Reserven** der Rentenversicherung angegriffen.

Das ist aber nur der unappetitliche Höhepunkt einer ganzen Reihe von Wortbrüchen und **Tricksereien**. Die Täuschungen sind inzwischen zu einem **Markenzeichen** der Riesterschen Rentenpolitik geworden. Bereits im

Wahlkampf haben SPD und Grüne die Wähler mit falschen Behauptungen und Versprechungen hinter das Licht geführt. Die Renten sollten so steigen wie die Nettolöhne. Für diese Lüge musste sich der Kanzler entschuldigen. Auch der versprochene Kaufkraftausgleich wurde nicht gewährt. Im letzten Jahr wurden die Renten statt um 1,9% lediglich um 0,6% angehoben. Und auch in diesem Jahr werden die Rentnerinnen und Rentner real deutlich weniger Geld in der Tasche haben: Die erwartete Preissteigerungsrate beträgt 2,5% während die Renten lediglich um 1,9% angehoben worden sind. Die Trickserien gehen nach der Wahl weiter. Bei der jährlichen Anpassung werden die **Renten** in mehreren Schritten um insgesamt 4 % **gekürzt**.

Die Rentenreform ist heute schon **Makulatur**. Sie wird keinen Bestand haben. Die zugrunde liegenden **Annahmen** sind **falsch** und wurden bereits während des Gesetzgebungsverfahrens „ergebnisorientiert“ verändert. So wurden die Annahmen zur Nettozuwanderung kurzerhand verdoppelt und die Beschäftigungsentwicklung deutlich positiver eingeschätzt, obwohl bereits absehbar war, dass selbst die kurzfristige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sehr viel schlechter ausfallen wird. Der **Beitragsatz** zur gesetzlichen Rentenversicherung wird mindestens **auf 25%** und damit stärker steigen, als von der Bundesregierung veranschlagt. Zusammen mit der privaten Vorsorge ergibt sich damit eine Beitragsbelastung, die **für die junge Generation unzumutbar** ist.

Das **Rentenniveau** wird nach der Bundestagswahl noch mal deutlich gekürzt – und zwar um 4% – und wird damit deutlich unter den von der Bundesregierung versprochenen 67% liegen. Alle, die heute unter 45 Jahre alt sind, werden so viel in die Rentenversicherung einzahlen und so wenig herausbekommen wie nie zuvor.

Der Einstieg in die **private Förderung** auf breiter Basis wird nicht gelingen. Die Förderung ist **bürokratisch und kompliziert**. Statt der erhofften großzügigen zusätzlichen Rente werden die Versicherten auf eine renditearme, überregulierte und verwaltungsaufwändige Rentenversicherung verwiesen, die kaum eine individuelle Gestaltung zulässt und schon gar nicht als Ersatz für die vorgenommenen Kürzungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung taugen. Zudem weist die Förderung eine soziale Schiefelage auf, denn Geringverdienende werden im Gegensatz zu Besserverdienenden nur unzureichend unterstützt. Die Förderung von Familien mit Kindern wird nur zögerlich und in zu kleinen Schritten umgesetzt. Das selbstgenutzte Wohneigentum wird faktisch nicht gefördert.

Die Inanspruchnahme durch die Versicherten wird insbesondere bei den unterdurchschnittlich Verdienenden deutlich hinter den hochgesteckten Erwartungen der Bundesregierung zurückbleiben. Damit wird der Gedanke, mehr Eigenvorsorge zu betreiben, auch für die anderen Zweige der sozialen Sicherung diskreditiert.